**Deutscher Bundestag**
**7. Wahlperiode**

**Drucksache 7/4098**

03. 10. 75

Sachgebiet 92

# Bericht und Antrag

## des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (14. Ausschuß)

## zu dem Antrag der Abgeordneten Rollmann, Dreyer, Ey, Schröder (Lüneburg) und Genossen
## — Drucksache 7/2829 —

## betr. Information ausländischer Kraftfahrer über nationales Verkehrsrecht im europäischen Raum

### A. Problem

Im Interesse der Verkehrssicherheit ist es erforderlich, die Kraftfahrer an den Grenzübergängen besser über das Verkehrsrecht des Nachbarstaates zu unterrichten.

### B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, im Rahmen der Europäischen Verkehrsministerkonferenz eine Verständigung über die Verteilung von Informationsblättern an den Grenzübergängen zu erzielen.

**Einmütige Billigung im Ausschuß**

### C. Alternativen

entfallen

### D. Kosten

Die Kosten für den Druck der Informationsblätter sind geringfügig.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

## A. Bericht des Abgeordneten Wendt

Die oben angegebene Vorlage wurde dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen in der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Dezember 1974 zur Beratung überwiesen. Der Ausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 24. September 1975 behandelt.

Im Interesse der Verkehrssicherheit und bei dem starken internationalen Kraftfahrzeugverkehr im westeuropäischen Raum erscheint es notwendig, den Kraftfahrer an den Grenzübergängen besser als bisher über das Verkehrsrecht des Nachbarstaates aufzuklären. Zu diesem Zweck soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, in der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) eine Verständigung über einen besseren Informationsaustausch herbeizuführen. An den Grenzen sollen die Kraftfahrer Informationsblätter über das Verkehrsrecht des Nachbarlandes erhalten, in das sie einreisen wollen. An der deutsch/niederländischen Grenze würden z. B. die deutschen Kraftfahrer ein Informationsblatt über das Verkehrsrecht in den Niederlanden erhalten und umgekehrt.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr hat sich im Ausschuß ausdrücklich dazu bereiterklärt, der Europäischen Verkehrsministerkonferenz einen solchen Vorschlag zu machen. Der Ausschuß schlägt dementsprechend vor, den Antrag unverändert anzunehmen.

Bonn, den 24. September 1975

**Wendt**
Berichterstatter

## B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache 7/2829 — anzunehmen.

Bonn, den 24. September 1975

**Der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

| **Börner** | **Wendt** |
|---|---|
| Vorsitzender | Berichterstatter |